

Schule und Gemeinwesen – Internationale Perspektiven

Internationales Forschungsprojekt des Europäischen Zentrums für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung, erstellt im Auftrag des BMBWK, 2002.

Projektteam am Europäischen Zentrum: Renate Kränzl-Nagl, Herwig Reiter, Barbara Riepl

Internationale PartnerInnen: Howard Williamson (Großbritannien), Guido Walraven und Carolien Bongers (Niederlande), Göte Rudvall und Marianne Lundholm (Schweden)

Kontakt: kraenzl-nagl@euro.centre.org; +43 1 3194505 - 15

Zielsetzung

Das zentrale Anliegen dieser Studie ist es, Erfahrungen mit der Öffnung von Schule im Sinne einer Gemeinwesenorientierung in Großbritannien (mit Schwerpunkt auf England/Wales), in den Niederlanden und in Schweden, zu analysieren und durch eine vergleichende Diskussion für die österreichische Situation nutzbar zu machen. D.h., das Potenzial von Schule zur Förderung aktiver Bürgerschaft und der Partizipation von Jugendlichen wird untersucht, um auf dieser Basis Impulse für gemeinwesenbezogenes Lernen im österreichischen Bildungswesen zu setzen.

Design

Zur konzeptuellen Rahmung der Studie wird zunächst die Frage der Öffnung von Schule unter dem Blickwinkel aktiver Bürgerschaft und den Partizipationsmöglichkeiten von Jugendlichen auf theoretischer Ebene diskutiert. Im Zuge dieses Kapitels wird das Konzept der aktiven Bürgerschaft in seinen bildungsrelevanten Dimensionen skizziert und auf Verbindungslinien zum Bereich des Lernens hingewiesen. Des Weiteren werden die Partizipationsmöglichkeiten Jugendlicher einschließlich bereits existierender Ansätze zur systematischen Berücksichtigung Jugendlicher als eigenberechtigte BürgerInnen vorgestellt und diskutiert.

Im empirischen Teil der Studie werden die Entwicklungen und die praktischen Erfahrungen mit der Öffnung von Schule in Großbritannien, den Niederlanden und in Schweden in Form einzelner Länderberichte aufbereitet und anschließend vergleichend analysiert. Die jeweiligen Länderberichte geben zunächst einen Einblick in die historische Entwicklung und die gegenwärtige Situation des Verhältnisses von Schule und Gemeinwesen auf nationaler Ebene. Des Weiteren wird für jedes Land eine auf Dokumenten sowie auf Interviews mit Beteiligten basierende Fallstudie detailliert dargestellt.

Ergebnisse

Theoretische Diskussion

Die theoretischen Ausführungen zum kontrovers diskutierten Konzept der aktiven Bürgerschaft machen deutlich, dass Schulen diesbezüglich ein zum Teil noch ungenutztes gesellschafts- und demokratiepolitisches Potenzial bergen. Schulen können aus vielen

Gründen geeignete Plattformen für das Erlernen aktiver Bürgerschaft darstellen, indem sie durch ihre Öffnung zum Gemeinwesen einerseits lebenswelt- und alltagsbezogene Lerninhalte forcieren sowie andererseits LehrerInnen dazu anregen, sich ihrer fundamentalen Rolle in einer solidarischen Demokratie bewusster zu werden. Die Förderung aktiver Bürgerschaft – konzipiert als Recht und nicht als Pflicht – bedeutet vor allem, Jugendliche als selbständige BürgerInnen zu verstehen, die ihre Interessen und Bedürfnisse in allen Bereichen des sozialen Lebens aktiv einbringen und sich produktiv am Gemeinschaftsleben beteiligen möchten. Untrennbar mit der Förderung aktiver Bürgerschaft ist daher die Frage der Partizipationsmöglichkeiten von Jugendlichen verbunden. Dabei zeigt sich, dass die nach wie vor eingeschränkten Möglichkeiten der Mitbestimmung von Jugendlichen in vielen gesellschaftlichen Bereichen, wobei dies – trotz institutionalisierter Formen der SchülerInnenmitbestimmung – auch auf die Schule als eine der zentralen Lebenswelten von Jugendlichen zutrifft.

Nationale Rahmenbedingungen der Öffnung von Schule

Die Analyse der nationalen Hintergründe der Öffnung von Schule macht deutlich, dass bildungspolitische Zielsetzungen und Reformen in allen untersuchten Ländern eng mit gesellschaftlichen Entwicklungen und Trends verknüpft sind. Zudem zeigt sich, dass gemeinwesenbezogene Bildungskonzepte oft ein relativ starkes Naheverhältnis zur Jugend- und Sozialpolitik haben. Aus historischer Perspektive lässt sich die längste Tradition mit gemeinwesenorientierten Bildungskonzepten in Großbritannien feststellen, die bis in die 1920er Jahre zurück reicht. In Schweden und in den Niederlanden ist die Entwicklung hingegen wesentlich jünger, wobei vor allem seit den 1990er Jahren die Vernetzung von Schule und Gemeinwesen vorangetrieben wird. Wesentliche Impulse zur Öffnung von Schule gehen in allen drei Ländern von den jeweiligen Regierungen bzw. deren Programmen sowie von staatlichen Kommissionen und ExpertInnengremien aus.

Als förderliche Rahmenbedingungen für die Öffnung von Schule können auf der Basis der Länderberichte die folgenden genannt werden:

- Politische Grundsatzentscheidung für die Öffnung von Schule
- Dezentralisierung des Schulsystems
- Förderung der Vielfalt der Öffnung
- Bereitstellung finanzieller und personeller Ressourcen
- Erweiterung der Aus- und Fortbildung
- Nationale und internationale Vernetzung
- Unterstützung durch Forschung und Evaluation

Projektumsetzung

Bezüglich der konkreten Umsetzung gemeinwesenorientierter Konzepte in der Praxis zeigt sich beim Vergleich der drei Länder eine Fülle an Variationen: die Formen reichen von kleinen, in sich abgeschlossenen Projekten über verpflichtende Praktika und fächerübergreifende Unterrichtsprinzipien bis hin zu größeren Netzwerken von Schulen und Einrichtungen auf lokaler und nationaler Ebene. Beispielsweise wird in den Niederlanden ein sog. „Vrijwilligersmarkt“ („Freiwilligenmarkt“) organisiert, der SchülerInnen Einblick in verschiedene Einrichtungen des Gemeinwesens bietet und sie zu ehrenamtlichen

Tätigkeiten motivieren soll. Dieses Projekt ist der von den österreichischen Ministerien BMSG und BMBWK initiierten „Projektbörse Bildung“ sehr ähnlich, da durch diese ebenfalls eine Plattform für Kooperationen zwischen Schule und Gemeinwesen geschaffen wird.

Trotz der Unterschiedlichkeit der in der Studie untersuchten Umsetzungsformen und auch der drei gewählten Fallstudien kristallisieren sich in der Analyse typische Problembereiche heraus, die nachfolgend kurz dargestellt werden.

Anhand der untersuchten Beispiele wird deutlich, dass Projektvorlaufzeiten und der Vorbereitungsaufwand häufig unterschätzt werden, obwohl eine eingehende und sorgfältige Planung eine wesentliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Projektabwicklung ist. Insgesamt ist dabei zu beachten, dass ausreichende zeitliche (und damit auch personelle) Ressourcen für die inhaltliche Vorbereitung und die Konkretisierung von Zielen gemeinwesenbezogener Projekte sicher gestellt sind. Professionelles Projektmanagement bereits zu Projektbeginn erweist sich prinzipiell als günstig für den gesamten Projektverlauf. Eine Möglichkeit der Vereinfachung der Projektorganisation und –initiierung ist häufig die Planung von Folgeprojekten, die sich Vorbereitungsarbeiten vergangener Projekte zunutze machen kann.

Der Formalisierungsgrad der Zusammenarbeit zwischen Schule und Einrichtungen des Gemeinwesens hängt vom jeweiligen Ansatz, dem Ausmaß der Breitenwirkung, den Zielgruppen sowie den gegebenen Rahmenbedingungen ab. Die Gestaltung der Zusammenarbeit kann z.B. in Form von Einzelverträgen festgelegt oder auf der Basis informeller Übereinkommen stattfinden. Als problematisch erweisen sich häufig unklare Regelungen und Aufgabenteilungen zwischen Schule und Einrichtungen des Gemeinwesens.

Projekte zur Öffnung von Schule bringen grundsätzlich immer einen Mehraufwand mit sich, der budgetär und personell nicht über den regulären Schulbetrieb abgedeckt werden kann. Das Vorhandensein entsprechender Fördermittel ist daher eine wichtige Voraussetzung für die Öffnung von Schule bzw. die Durchführung derartiger Projekte. Wo staatliche Zuschüsse fehlen, können Fonds und Stiftungen sowie internationale Förderprogramme wichtige Finanzierungsquellen darstellen.

Eine Abstimmung der Gestaltung räumlicher Gegebenheiten auf Programme zur Öffnung von Schule, wie dies in den Niederlanden zum Teil der Fall ist, bringt viele Vorteile mit sich, ist aber nicht grundsätzlich notwendig. Vor allem wenn die Öffnung von Schule mit einer zumindest temporären Verlegung des Lernorts in den öffentlichen Bereich einhergeht, erscheinen bauliche und architektonische Veränderungen nur dann sinnvoll, wenn sie integraler Bestandteil der schulischen Strategie sind und sich an den Bedürfnissen der SchülerInnen orientieren. Zu beachten ist in diesem Zusammenhang, dass die inhaltliche Spezifizierung des Projekts auf jeden Fall dem baulichen Vorhaben vorangehen soll.

Der Koordinationsaufwand, der je nach der Größe des Projekts und der Anzahl der involvierten Personen variiert, wird – wie die untersuchten Beispiele zeigen – tendenziell unterschätzt. Die Anstellung eigener KoordinatorInnen kann eine Überforderung des Projektmanagements bzw. einzelner Personen vermeiden. Projektbegleitende Arbeitsgruppen aus VertreterInnen aller beteiligten Gruppen sind in jedem Fall von Vorteil; sie steigern das Engagement und wirken sich insgesamt positiv auf den Gesamterfolg aus.

Die Öffentlichkeits- und Informationsarbeit rund um die Projekte hat in den untersuchten Ländern für die Öffnung von Schule mehrfach Bedeutung. Zunächst dient die Informationsarbeit dazu, die Aktivitäten der Jugendlichen bekannt zu machen oder vorbereitend anzukündigen. Weiters trägt Öffentlichkeitsarbeit wesentlich dazu bei, die Entwicklung gemeinwesenbezogener Initiativen voranzutreiben und den Erfahrungsaustausch auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene in Form von thematischen Netzwerken und Internetplattformen zu forcieren. Der zeitliche Aufwand für

Informationsarbeit wird allerdings, wie der Koordinationsaufwand, leicht unterschätzt und bei knappen finanziellen Ressourcen oft vernachlässigt.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass sich in den drei Fallstudien vor allem die folgenden Punkte als förderliche Faktoren erweisen:

- Umfassende Projektvorbereitung
- Spezifizierung der Ziele und inhaltliche Konzeption
- Sicherung geeigneter Rahmenbedingungen
- Koordination und Zusammenarbeit mit externen PartnerInnen
- Projektinterner Informationsaustausch und Reflexion
- Aktive Öffentlichkeitsarbeit

Besonders erwähnenswert scheint, dass trotz allfälliger Schwierigkeiten bei der Umsetzung der Öffnung von Schule die befragten Beteiligten in allen drei Fallstudien betonen dass die Auswirkungen der diversen Aktivitäten in jedem Fall als Bereicherung und lohnend erlebt werden. Die Erarbeitung und Durchführung von gemeinwesenorientierten Projekten gemeinsam mit SchülerInnen erweist sich damit als ein wesentlicher Schritt auf dem Weg zu aktiver Bürgerschaft von Jugendlichen, wobei diese nicht auf freiwilliges bürgerschaftliches Engagement reduziert werden soll. Vielmehr geht es darum, Jugendliche als eigenberechtigte BürgerInnen zu verstehen, die ihre Interessen und Bedürfnisse in allen Bereichen des sozialen Lebens aktiv einbringen und sich produktiv und engagiert am Gemeinschaftsleben beteiligen können. Bei der Förderung entsprechender Lernerfahrungen sind Schulen und LehrerInnen in einer solidarischen Demokratie somit von entscheidender Bedeutung.